

# TTIP: Regulierungsbehörde setzt in Zukunft die Standards

## Standards werden festgelegt, bevor Parlamente beraten

**In dem geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP) spielt die sogenannte regulatorische Kooperation eine zentrale Rolle. Dabei der es um die Angleichung von Standards zwischen der EU und den USA. Um dies durchführen zu können ist die Einrichtung einer Regulatorischen Körperschaft vorgesehen. Diese Regulierungsbehörde wird den demokratisch gewählten Parlamenten gewissermaßen vorgeschaltet.**

In Zukunft soll eine Körperschaft für Regulierungskooperation („Regulatory cooperation body“) dafür sorgen, dass Vorschriften angeglichen, künftige Gesetzesvorhaben gemeinsam abgestimmt und Standards und Prüfungsergebnisse unabhängiger Testinstitutionen auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks anerkannt werden. Dadurch soll der Handel zwischen den Wirtschaftsräumen auf beiden Seiten des Atlantiks erleichtert werden. Diese Vereinheitlichungen sollen allerdings erfolgen, ohne dass die Parlamente damit vorher betraut waren. In diesem Organ werden Vertreter aus Regierungen und Behörden vertreten sein. Lobbyisten der Industrie dagegen werden vermutlich schon früh die Möglichkeit, auf die Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen.<sup>1</sup>

### Ein lebendiges Abkommen („living agreement“) für Konzerne

Die Körperschaft für Regulierungsfragen ist vor allem notwendig, damit TTIP als „living agreement“ (lebendiges Abkommen) funktionieren kann. Living Agreement heißt, dass auch bestehende Maßnahmen auf

den Prüfstand gestellt werden können, wenn sie als Handelshemmnisse gesehen werden. Ferner können Ergänzungen und Anhänge dem Vertrag hinzugefügt werden, ohne dass ein Parlament diesen zustimmen muss. Der Vertrag könnte also nach seiner Ratifizierung grundlegend umgestaltet werden.

Eine Stärkung von Gesetzen und Regelungen zum Wohl der Allgemeinheit wird es dann nicht mehr geben. Es wird immer nur darum gehen, den Handel so wenig wie möglich einzuschränken, also die niedrigsten Standards und Regulierungen zu finden. Verbraucher- und Umweltschutz bleiben auf der Strecke.

### USA regieren immer mit

In der Praxis sieht das so aus, dass in Zukunft bei geplanten Regulierungen in Europa, etwa im Umweltbereich, die USA ein Mitspracherecht bekommen. Da Regulierungen nur noch in Übereinstimmung mit dem Freihandelsabkommen geschehen dürfen, müssen die Wünsche der US-Amerikaner berücksichtigt werden. Die USA werden also eine Art Sondermitglied in der EU.

### Theorie und Praxis

Ein prominentes Beispiel ist die Angleichung von Regulierungen in der Automobilbranche. Technische Unterschiede, etwa bei Airbags oder Rücklichtern, sollen abgebaut werden, damit Autos zwischen den USA und der EU leichter importiert und exportiert werden können. Da es auf beiden Seiten des Atlantiks hohe Sicherheitsstandards gibt, sind keine negativen Folgen durch eine Vereinheitlichung zu erwarten.

<sup>1</sup>[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/april/tradoc\\_153403.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/april/tradoc_153403.pdf)

Jedoch sind auch weitreichendere und umstrittene Dinge, wie die Zulassung von Chemikalien oder die Kennzeichnung von genmanipulierten Lebensmitteln von der Angleichung von Regulierungen betroffen. Teilweise gehen die Regulierungen zwischen USA und EU dabei weit auseinander. Vor allem, da in den USA das Vorsorgeprinzip ein Schattendasein fristet, während es in der EU die Grundlage der Umwelt- und Verbraucherpolitik darstellt.

## Das Vorsorgeprinzip ist in Gefahr

Durch die Regulierungskörperschaft, ebenso wie durch die privaten Schiedsgerichte, wird das in Europa geltende Vorsorgeprinzip zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern ausgehebelt. Das Vorsorgeprinzip hat den Sinn, Schäden für die Umwelt und die menschliche Gesundheit im Voraus zu vermeiden. Es dient damit einer Risiko-, bzw. Gefahrenvorsorge. Daraus resultiert in der EU die Praxis, dass ein Produkt nur dann verkauft werden darf, wenn seine Sicherheit nachgewiesen worden ist. In den USA ist das genau umgekehrt. Dort muss einem Produkt zweifelsfrei nachgewiesen werden, dass es eine Gefahr darstellt, damit sein Verkauf verboten werden kann.

Die Abschaffung des Vorsorgeprinzips wird in der EU beispielsweise das Verbot des umstrittenen Fracking-Verfahrens zur Öl- und Gasgewinnung erschweren. Auch der Einsatz von als bedenklich eingestuft Chemikalien, etwa in der Landwirtschaft oder bei Kosmetika, wird nicht mehr ohne weiteres verhindert werden können.

Die Aushebelung dieses Vorsorgeprinzips geschieht sehr bewusst. Es gibt kaum ein TTIP-Statement der US-Agrar- und Chemielobby, das nicht das Vorsorgeprinzip als Handelshemmnis und Barriere für US-Exporte brandmarkt und seine Abschaffung fordert<sup>2</sup>.

<sup>2</sup>[https://www.foeeurope.org/sites/default/files/foee\\_iatp\\_fa\\_ctsheet\\_ttip\\_food\\_oct13.pdf](https://www.foeeurope.org/sites/default/files/foee_iatp_fa_ctsheet_ttip_food_oct13.pdf)

## Macht den Lobbyisten

Durch das frühe Bekanntwerden geplanter Gesetzgebungsverfahren und Regulierungen, erhalten Lobbyisten große Möglichkeiten der Einflussnahme. Sie können sich direkt an die Regulierungsbehörde wenden oder werden sogar von dieser hinzugezogen. Es werden besonders die Lobbyisten bevorzugt, die sich für finanzstarke Unternehmen einsetzen, über mehr Ressourcen verfügen und gut organisiert sind. Rund zwei Drittel der 20.000 Lobbyisten in Brüssel vertreten Unternehmen. In Washington ist das kaum anders.

## Regulatorische Körperschaft undemokratisch und überflüssig

Die Notwendigkeit zur Einrichtung einer regulatorischen Körperschaft ist nicht gegeben. Gremien wie die Internationale Organisation für Normung (ISO) oder das Forum für die Angleichung von Standards in der Automobilbranche (UN-Wirtschaftsausschuss für Europa; 29 UN-ECE) sind völlig ausreichend, um bestehende Schranken im Handel durch unterschiedliche Standards aufzuheben. Ein Vertragswerk wie TTIP, das die Rechte der Parlamente beschneidet und Verbraucher- und Umweltstandards gefährdet, ist undemokratisch und überflüssig.

## Greenpeace fordert:

- Stopp der TTIP-Verhandlungen,
- keine Ratifizierung von CETA

Handelsabkommen müssen u.a. folgende Kriterien erfüllen:

- Einhaltung des Vorsorgeprinzips
- Bewahrung der höchsten Umwelt- und Verbraucherstandards und die Möglichkeit zu deren Weiterentwicklung
- Keine regulatorische Kooperation
- Keine private Streitschlichtung (ISDS)
- Beteiligung der nationalen Parlamente
- Transparente Verhandlungen